



# Pressedienst

10. März 2021

109/2021 Wochen gegen Rassismus

**Online Workshop: Rechte Tendenzen in der Polizei**

110/2021 **Aufruf an Umweltverbände: Wahl der Sachkundigen  
Einwohnerinnen und Einwohner für den  
Umweltausschuss**

111/2021 Bundespflegereform 2021

**Bürgermeister unterstützt die Petition gegen die  
Halbierung des Tagespflegebudgets**

112/2021 Online-Vortrag der VHS

**Cloud-Anwendungen und ihre Vorteile**

*Terminwiederholung, PM 75/2021*

**Stadtverwaltung hält Masken für Hilfsbedürftige bereit**





10. März

109/2021

Wochen gegen Rassismus

## **Online Workshop: Rechte Tendenzen in der Polizei**

Der Fall Oury Jalloh beschäftigt bis heute Medien und Behörden. Oury Jalloh kam 2001 nach Deutschland. 2005 wurde er wegen Drogenhandels zu einer Freiheitsstrafe von dreieinhalb Jahren verurteilt. Bevor das Urteil rechtskräftig war, wurde er tot in der Gewahrsamszelle des Polizeireviers Dessau-Roßlau aufgefunden. Die genaue Todesursache ist unklar. Die Feuerwehr fand einen stark verbrannten Leichnam.

In einem online Präsentationsworkshop geht Referentin Tess Kadiri auf den Fall Oury Jalloh ein, zeigt Details des Verfahrens auf und gibt im Anschluss Raum für Fragen, Wortbeiträge und Diskussionen. Ziel der Veranstaltung ist eine Auseinandersetzung mit der Thematik rassistischer Polizeigewalt, die nicht im weit entfernten Amerika stattfindet, sondern hier: in Deutschland.

Der Online-Workshop findet am Donnerstag, 18. März, ab 19.00 Uhr statt. Anmeldungen nimmt die Gleichstellungsstelle der Stadt per Mail an [gleichstellung@castrop-rauxel.de](mailto:gleichstellung@castrop-rauxel.de) entgegen.





10. März

110/2021

## **Aufruf an Umweltverbände: Wahl der Sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner für den Umweltausschuss**

Der Rat der Stadt Castrop-Rauxel hat in seiner Sitzung am 3. Dezember 2020 die Einrichtung eines Umweltausschusses unter Einbindung der örtlichen Umweltinitiativen und -verbände als beratende Mitglieder für die Wahlperiode 2020 bis 2025 beschlossen. Deshalb sind interessierte Umweltinitiativen und -verbände aufgerufen, ihr Interesse an der Mitwirkung im Umweltausschuss zu bekunden und eine Vertreterin oder einen Vertreter als Sachkundige Einwohnerin oder als Sachkundigen Einwohner für den Umweltausschuss zu benennen.

Interessierte Umweltinitiativen und -verbände können sich noch bis zum 18. März 2021 beim EUV Stadtbetrieb Castrop-Rauxel schriftlich melden: Umweltressort, Frau Brannhoff, Westring 215, 44575 Castrop-Rauxel oder per E-Mail an [susanne.brannhoff@euv-stadtbetrieb.de](mailto:susanne.brannhoff@euv-stadtbetrieb.de).

Die Wahl der Sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner sowie deren persönlicher Vertretungen erfolgt nach Beratung im Umweltausschuss durch den Rat der Stadt Castrop-Rauxel zum nächstmöglichen Termin. Die Sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner im Umweltausschuss haben beratende Funktion und können an allen Sitzungen des Ausschusses teilnehmen.





10. März

111/2021

Bundespflegereform 2021

## **Bürgermeister unterstützt die Petition gegen die Halbierung des Tagespflegebudgets**

Fast 25 Jahre nach Einführung der Pflegeversicherung in Deutschland hat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn im Dezember 2020 ein Eckpunktepapier zur Pflegereform 2021 mit beträchtlichen Änderungen für die Versorgungslandschaft veröffentlicht. Dagegen formiert sich Widerstand in Form einer Online-Petition: Tagespflegeeinrichtungen und andere Betroffene kritisieren neben der im Papier enthaltenen Kürzung der Leistungen der Verhinderungspflege auf 40 Prozent besonders die Neuregelung für die Leistungen der Tagespflege, die bei Inanspruchnahme von ambulanten Pflegesach- und / oder Geldleistungen ab dem 1. Juli 2022 auf 50 Prozent begrenzt werden sollen.

„Die Halbierung der Tagespflegesätze wäre für die Tagespflegegäste und deren Angehörige eine unzumutbare Härte“, fasst Martina Rosenberger von der Pflegenetz Rosenberger GmbH aus Castrop-Rauxel die Kritik auch im Namen ihrer Mitarbeitenden und Angehörigen zusammen. „Angehörige hätten nur noch die Möglichkeit, ihren Beruf aufzugeben oder eine Heimlösung in Betracht zu ziehen.“





# Pressedienst

Seite 2

Das Beste für alle Parteien wäre, die Sachleistungen der Pflegeversicherung unangetastet zu lassen“, so die Inhaberin des Netzwerks, die aktuell selbst 17 Wohnungen vermietet hat und drei Bewohnende als Gäste bei der Tagespflege begrüßen darf.

Diese Sicht teilt Bürgermeister Rajko Kravanja und schließt sich dem Anliegen an: „Ich unterstütze ausdrücklich die Forderung der Einrichtungen und Angehörigen, dass es keinen Einbruch der Tagespflegeleistungen geben darf. Im Sinne aller Beteiligten muss es hier zu einer schnellen Klärung kommen.“

Das Bundesministerium für Gesundheit begründet die angestrebte hälftige Budgetkürzung damit, dass sie weniger Anreize für Anbieter schaffe, die betreutes Wohnen mit dem Angebot einer Tagespflege kombinieren und damit alle im ambulanten Bereich möglichen Leistungen in einem „vermeintlich stationären Pflegesetting“ nutzen, ohne jedoch die Anforderungen eines Pflegeheims erfüllen zu müssen. „Diese Begründung halte ich für sehr zweifelhaft“, so Martina Rosenberger. Ihrer Ansicht nach werden ambulante Pflegedienste und Tagespflegeeinrichtungen mehr als ausreichend durch die Wohn- und Teilhabegesetz (WTG-)Behörde und den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) kontrolliert. Die staatlichen Eingriffsmöglichkeiten bei „schwarzen Schafen“ seien vorhanden und sollten genutzt werden. „Es ist aber nicht zielführend, alle Einrichtungen unter einen Generalverdacht zu stellen, um auf dieser Grundlage noch mehr negativ regulierend einzugreifen.“





# Pressedienst

Seite 3

Ambulant vor stationär, das war das Motto zur Förderung von Tagespflegen durch das Pflege-Neuausrichtungsgesetz von 2013. „Was jetzt passiert, ist genau das Gegenteil von dem, was die Politik erreichen wollte“, so Martina Rosenberger.

Auch die Initiatorin der Online-Petition vom 5. Februar 2021, Silke Möhring, beschreibt die Folgen der geplanten Kürzung als drastisch: „Für viele Pflegebedürftige wäre durch die angedachte Halbierung des Tagespflegebudgets eine Versorgung in den eigenen vier Wänden nicht mehr möglich. Insbesondere würden gerade kleineren Tagespflege-Betreibern mit der geplanten 180°-Wende die wirtschaftliche Grundlage entzogen und die durchaus erwünschte Diversifizierung der Angebote in Wohnortnähe zugunsten großer Einrichtungen abgebaut.“

Die Open-Petition ist noch drei Wochen lang zu finden unter <https://www.openpetition.de/petition/online/keine-kuerzung-der-pflegesachleistungen-tagespflege>.





10. März

112/2021

Online-Vortrag der VHS

## **Cloud-Anwendungen und ihre Vorteile**

Die Nutzung einer Cloud bietet vielfältige Vorteile: So können Dokumente, Bilder, Musik und Videos zentral gespeichert werden und Nutzende können von jedem Ort mit einem Internetzugang darauf zugreifen. Diese und weitere Vorzüge von internetbasierten IT-Infrastrukturen für Speicherplatz sind Thema eines Online-Vortrags der VHS am Mittwoch, 17. März, von 17.00 bis 19.30 Uhr.

Dozent Frank te Heesen vermittelt den Teilnehmenden während der drei Unterrichtsstunden auch, wie Kontakte, Termine und Aufgaben mit verschiedenen Geräten synchronisiert und aktuell gehalten werden können. Damit eignet sich die Veranstaltung für alle Personen mit Smartphones, Tablets und PCs, die die Vorteile der Cloud-Technologie nutzen wollen. Über das Videoprogramm Zoom gibt es eine informative Einführung in die Cloud-Datenhaltung, gefolgt von Beispielen zur sinnvollen Nutzung und Raum für Fragen und Gespräche.

Nach der Anmeldung per E-Mail an [vhs@castrop-rauxel.de](mailto:vhs@castrop-rauxel.de) oder telefonisch unter 02035 / 5488410 erhalten Interessenten den Zugangslink zum Vortrag, für den eine Teilnahmegebühr von 15 € zu zahlen ist.





# Pressedienst

10. März 2021

*Wiederholung, PM 75/2021*

## **Stadtverwaltung hält Masken für Hilfsbedürftige bereit**

Das Land NRW hat der Stadt Castrop-Rauxel 25.100 medizinische Masken zur Verfügung gestellt, die an Hilfsbedürftige Menschen verteilt werden. Vorgesehen sind die kostenlosen FFP2-Masken solange der Vorrat reicht u.a. für Leistungsberechtigte nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) und SGB XII (Sozialhilfe).

Ein größeres Kontingent wurde bereits an die Caritas weitergegeben, damit diese über die Tafel und die sonstigen Einrichtungen an bedürftige Personen verteilt werden können. Auch an Personen, die durch den Bereich Migration und Obdachlosenhilfe betreut werden, wurden die Masken ausgeliefert.

Leistungsbezieher nach dem SGB II und SGB XII können maximal fünf Masken erhalten. Die Masken werden im Block F des Rathauses gegen Vorlage eines Ausweises und des letzten Bewilligungsbescheides über den Sicherheitsdienst verteilt. Die Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes sind in der Zeit von montags bis donnerstags 9.00 bis 15.00 Uhr sowie freitags von 9.00 bis 12.00 Uhr vor Ort. Ein Rechtsanspruch auf die kostenlosen FFP 2-Masken besteht nicht. Bei der Ausgabe der Masken bittet die Verwaltung darum, die entsprechenden AHA-Regeln einzuhalten.

